

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 51 (1968)
Heft: 6

Artikel: Zornige junge Männer?
Autor: Hellmann, Alwin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-411635>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicher wird der frühere weite Intimbereich des einzelnen Menschen stark eingeengt werden müssen, die weitreichenden Tabus werden durchbrochen, das Sexualleben kann sogar ein Stück seiner geistigen Substanz nach bisherigen Begriffen einbüßen. Ja es könnte sein, dass dort, wo das Geschlechtsleben stark vergeistigt ist, diese Einengung als eine Inflation der Liebe empfunden wird und die Auffassung entsteht, künftighin würde das Sexuelle als das Primäre an der Liebe, als Liebe an sich, betrachtet. Es erübrigt sich, an dieser Stelle hierüber lange Diskussionen anzuheben. Neue Normen werden dieser Möglichkeit Rechnung tragen müssen.

Die Tatsache, dass wir die Geburtenzuwachsrate unter Kontrolle nehmen müssen, bleibt bestehen. Dass überlieferte Begriffe hiezu grösstenteils untauglich sind, kann nicht angezweifelt werden. Neue Normen werden bestimmt mit dem bisherigen Sittenkodex kollidieren. Für souveränes geistiges Leben wird aber trotzdem noch Platz vorhanden sein, sofern die entsprechenden charakterlichen Grundlagen durch die Form und Art der Erziehung geschaffen werden.

Geburtenregelung erfordert die Mitar-

beit aber aller Gruppen, vorab auch der Kirche. Erfreulicherweise interessiert sie sich bereits sehr um diesen ganzen Fragenkomplex. Einer Familienplanung wird das «Kind nach Wunsch und Wille» zugrunde liegen. Neben verschiedenen bekannten Arten der Empfängnisverhütung hat nun neuerdings die viel diskutierte «Pille» ihren Siegeszug um die Welt angetreten. Näher hierauf einzutreten, erübrigt sich in diesem Aufsatz; Zeitschriften, Illustrierte usw. besorgen dies zur Genüge. Nur kurz sei auf die neueste Entwicklung der Ovulationshemmer, die «Danach-Pille», hingewiesen, die nach erfolgter Konzeption noch wirksam ist. Die Anwendung dieser Pille kollidiert mit dem Strafrecht. Hierüber werden sich vorerst Aerzte, Juristen, Theologen usw. unterhalten müssen.

Ein weiterer Faktor, derjenige der Menschlichkeit, muss hier angeführt werden. Wenn wir von Familienplanung reden, meinen wir selbstverständlich vorerst die Familie. Die Empfängnisverhütung hat aber nicht nur hier Bedeutung, sondern ebenso sehr

im Freundschafts- und Liebesverhältnis. Sicher wird diese Feststellung wiederum da und dort schockierend wirken. Es ändert dies aber an den Tatsachen absolut nichts. Die Wichtigkeit der Mutter-(Erzieher-)Kind-Beziehung ist von derart grosser Bedeutung für die Entwicklung des Kindes, gerade auch in charakterlicher Hinsicht, dass es keineswegs im Interesse der Gesellschaft liegen kann, unerwünschte Kinder als unabwendbare Tatsache hinzunehmen. Wenn ein reformierter Pfarrer erklärt, 70–75 % seiner Trauungen seien Muss-Ehen, die an sich gefährdet sind, wird kaum in Abrede gestellt werden können, dass die Geburtenregelung bereits im Freundschafts- und Liebesverhältnis beginnen muss. Wenn wir sodann berücksichtigen, dass die Dunkelziffer der illegalen Abtreibungen diejenige der Geburten mindestens erreicht – woran ein grosser Teil ledige Mütter beteiligt sind –, und wir uns dabei vorstellen, wieviel Kummer, Sorge, Angst, Not und Gefahren damit verbunden sind, fällt es uns sicher nicht schwer, aus Menschlichkeit auch hier die Empfängnisverhütung zu bejahen.

Dass damit grösste Teile des Gebäudes unserer bisherigen Sexualmoral niedergerissen werden, ist kaum zu bezweifeln.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass der ganze Fragenkomplex, der mit der Geburtenregelung und damit der Planung der Familie zusammenhängt, vorerst von hiefür zuständigen Gremien gründlich besprochen und beraten werden muss. Konkrete Vorschläge von dieser Seite sollen als Grundlage für eine parlamentarische Beratung dienen. Beratungsstellen für Familienplanung werden vermehrt geschaffen werden müssen. Daneben wird eine intensive, systematische, auf breiter Basis durchgeführte Aufklärung über die dringende Notwendigkeit der Planung der Familie und damit über die Empfängnisverhütung eingeleitet werden müssen. Die Familienplanung kann selbstverständlich nur empfohlen, aber nicht vorgeschrieben werden. Wer die Regelung verwirft, kann nach wie vor sein Leben nach den bisherigen Moral-Begriffen gestalten. Weder Gesetze noch die Gesellschaft werden ihm das verwehren.

Emil Wirz

Zornige junge Männer?

Dürfen Studenten demonstrieren?

Als König Friedrich August von Sachsen im Kriegsjahr 1918 hörte, dass streikende Arbeiter eine rote Fahne auf dem Fabrikschornstein gehisst hätten, fragte er seinen Adjutanten ganz erstaunt: «Ja, derfen die denn das?» Dieser Ausspruch kam mir in den Sinn, als ich las, dass nur 4 % der westdeutschen Bevölkerung es für zulässig halten, dass Studenten für die Verwirklichung ihrer politischen Ziele demonstrieren. (Meldung der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 2. 8. 67, basierend auf einer Meinungsumfrage des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg.) 35 % sprechen den Studenten das politische Demonstrationsrecht überhaupt ab, 17 % finden immerhin, es käme auf die Sache an, ob eine Demonstration gerechtfertigt sei oder nicht. Kommentatoren könnten darin den seit Jahrhunderten herangezüchteten deutschen Untertanengeist sehen und eine Autoritätshörigkeit, die sich mit «Demokratie» in unserm

Sinne nur schwer vereinbaren lasse. Aber ist die Stellungnahme der Schweizer zu den Studentenunruhen so sehr viel anders? Zwar ist mir nicht bekannt, ob eine Meinungsumfrage durchgeführt wurde, aber wenn man auf dem Weg zur Arbeit – in der Bahn, im Tram – sich die Ansichten der Mitfahrer anhört, wenn man sich in den Tageszeitungen umsieht, so ist doch die Mehrheit bereit, gegen Dutschke und Kommilitonen Stellung zu nehmen. «Die händ jo no gar nüt gleischtet, die selle zerscht emol zeige, dass si öppis chönnt.» Das sind Aussprüche, die immer wiederkehren. Sie beruhen auf Vorurteilen, ist doch bereits das Bestehen des Maturitäts-examens eine Leistung, die anerkannt werden muss, und das Studium verlangt, wenn es zu einem guten Ende geführt werden soll, viel härtere Arbeit, als sich der Nichtakademiker träumen lässt.

Es scheint mir deshalb auch Aufgabe von uns Freidenkern zu sein, vorurteilslos zu untersuchen, was für Ursachen

chen diese Studentenunruhen haben. Dabei kann es sich nicht darum handeln, für die Studenten Partei zu ergreifen, aber auch nicht, die beschauliche Ruhe der Spiesser zu beschützen.

Sind die Universitäten reformbedürftig?

In der Zeitschrift «Freies Forum», Mai 1968, wird über die deutschen Universitäten gesagt:

«5000 Professoren mit Lehrstuhl – Ordinarien und Extraordinarien – thronten bis vor kurzem noch unangefochten mit unumschränkter Herrschaftsgewalt in ihren Instituten und Fakultäten über 300 000 Studenten. Nach den zur reaktionären Farce gewordenen, einst liberalen, antiabsolutistischen Humboldtischen Grundsätzen von akademischer Freiheit, Selbstverwaltung und Einheit von Lehre und Forschung bestimmen sie selbstherrlich, was geforscht und gelehrt, wie studiert und geprüft wird und wer überhaupt forschen und lehren darf. Sie allein haben Sitz und Stimme in den Organen der Selbstverwaltung; nur Fakultätsmitglieder können auf Entscheidungen der Universität Einfluss nehmen, dürfen neue Lehrstühle errichten und besetzen und die vom Staat bewilligten Gelder verteilen. Die Hochschulfinanzierung ist derart, dass die Professoren einen beträchtlichen Teil ihrer Zeit darauf verwenden müssen, im Konkurrenzkampf den Anteil am Etat-Kuchen für ihr Institut, ihre Fakultät oder ihre Universität zu ergattern. Der Professor selbst bestimmt das Lehrprogramm – auch zum Nachteil seiner Kollegen, auf Kosten seiner Assistenten, deren wissenschaftliche Arbeiten bis vor kurzem unter seinem Namen veröffentlicht wurden, und über die Köpfe der Studenten hinweg. Als geisttötend wird seit langem von vielen Studenten der stupide Massenvorlesungsbetrieb empfunden – während doch schon längst die Texte der Vorlesungen in hektographierten Manuskripten oder Lehrbüchern kursierten. Eine Fortsetzung dieser Stupidität erfolgt in Seminaren, deren Arbeit sich meist auf Vorlesung von Referaten und weise Monologe der Seminarleiter beschränkt.» An anderer Stelle wird vom «feudalen, mittelalterlichen ständisch-korporativen Charakter der streng hierarchischen Universitätsstruktur» gesprochen, es wird festgestellt: «Wie

Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!

Karl Marx

das Priestertum ist der Professorenstand trotz aller formalen Frauen-gleichberechtigung noch heute ein reiner Männerorden: 1963 waren von 11 503 Ordinarien nur 13 weiblichen Geschlechts. ... 98% der akademischen Würdenträger verhalten sich denn auch mehr oder weniger ablehnend gegenüber der Zulassung der Frauen zum Hochschuldienst. ... Der subjektive Auslesefaktor ist eindeutig zu identifizieren, nachdem kein neuer Professor berufen wird, der seinem Vorgänger nicht in dessen Richtung passt.»

Was hier über die deutschen Universitäten gesagt wird, trifft weitgehend auch für die schweizerischen Hochschulen zu. «Neutralität», die kritische Schweizer Zeitschrift für Politik und Kultur, bringt in ihrer Aprilnummer einige Angaben, die diese Feststellung belegen:

«Der Kontrast zwischen dem renovationsbedürftigen Hauptgebäude (der Berner Universität) und dem Betonklotz des Instituts für exakte Wissenschaften versinnbildlicht das sklerotische Festhalten am Strukturprinzip der Fakultäten, deren Vertreter im Senatsausschuss (oberstes Organ der Universität) gleiche Stimmkraft haben, obwohl sie zwischen 8 (Christkatholische Fakultät) und weit über 1000 (Mediziner) Studenten hinter sich haben. ... Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem an kein Pflichtenheft gebundenen Universitätssekretär und dem Rektor – die 1967 zum Abgang des ersten führten – werfen ein gretles Licht auf systemimmanente Unzulänglichkeiten.»

«Bezüglich den Anteil weiblicher Studenten steht die Schweiz von 24 Ländern am Schluss! (Z. B. Finnland 46%, UdSSR 42%, Frankreich 40%, USA 38%, Grossbritannien 35%, Rumänien 34%, DDR 32%, BRD 24%, Spanien 21%, Schweiz 17%).

In der Schweiz stammten 1961 5,5% der Studenten aus Arbeiterfamilien, in Deutschland 5,9%, in Frankreich 9,4 Prozent, in Schweden 14,3%, in England 25%, in den USA 31%.

Es ist zumindest ein Anachronismus, dass die wirtschafts- und sozialwissen-

schaftliche Fakultät der Universität Bern weder die Zwischenexamina noch die Abschlüsse der Handelshochschule St. Gallen anerkennt, dass die evangelischen theologischen Fakultäten der westschweizerischen Universitäten ihre Abschlüsse gegenseitig nicht anerkennen und dass die juristische Fakultät der Uni Basel die juristischen Studien an anderen Universitäten nicht anerkennt.» «Von 1000 Einwohnern studierten nach einer UNESCO-Statistik 1963 in den USA 21, in der UdSSR 12, in Holland 9, in der Tschechoslowakei 8, in Frankreich, England und Oesterreich 6, in der Schweiz (inkl. Techniken) 5, in Spanien und Portugal (niedrigste Quoten) 3.»

Die Zeit drängt

Ausser diesen offensichtlich reformbedürftigen Zuständen an unseren wie den ausländischen Universitäten ist zu beachten, dass die starke Bevölkerungsvermehrung, die sich in den letzten Jahrzehnten sogar noch beschleunigt, auch eine Vermehrung der Studierenden nicht nur erwarten lässt, sondern auch verlangt, um den Aufgaben der Zukunft – denken wir nur an die Schulung der Jugend und die medizinische Betreuung der Bevölkerung – gewachsen zu sein. In Westdeutschland rechnet man bis 1980 mit einer Verdoppelung der Studentenzahl auf 600 000, in der Schweiz verhält es sich wiederum ähnlich. Das erfordert nicht nur neue Lehrgebäude, mehr Dozenten, Schaffung von Unterkunftsmöglichkeiten und Essgelegenheiten (Mensa) für die Studenten, sondern auch eine Reform der gesamten Universitätsstruktur.

In Deutschland war es der Sozialistische Studentenbund (SDS), der 1961 schon eine Demokratisierung der Universitätsstruktur forderte: «Aufhebung aller sachfremden Herrschaftspositionen und Abhängigkeitsverhältnisse, gleichberechtigte Teilhabe der Dozenten, Assistenten und Studenten an allen Angelegenheiten der Universität.» Anfänglich kaum beachtet, wurde diese Forderung angesichts der immer stärkeren Ueberfüllung der Universitä-

ten bald an allen deutschen Hochschulen immer nachdrücklicher erhoben: «Mitbestimmung von Studenten und Assistenten bei der Berufung neuer Professoren, bei Prüfungen und Auswahl des Lehrstoffes und der Forschungsvorhaben, in den Senaten der Universitäten.»

Zu diesen brennenden Reformaufgaben der Universität traten aber noch politische Forderungen: die Allgemeinen Studentenvertretungen (ASTA's) in der BRD sollten auch Stellung nehmen zu den Fragen der grossen Politik, etwa zum Vietnam-Krieg oder zu der Notstandsgesetzgebung. Proteste und Demonstrationen sollten dazu dienen, die unhaltbaren Zustände an den Universitäten bekanntzumachen und für die Hochschulreform und die politischen Forderungen zu werben.

«Mit geistlichen Waffen war dem Aas ja nich beizukommen!»

Dieser Ausspruch zirkulierte im Jahr 1932, als in der Universität Berlin eine jüdische Studentin von nationalsozialistischen Kommilitonen brutal zusammengeschlagen worden war. Er ist heute wieder aktuell geworden. Das sei belegt mit zwei Stellen aus dem Brief eines deutschen Studenten, erschienen im «Aargauer Tagblatt» am 15. Mai 1968:

«Alle aktiven Studenten wollen die Verbesserung der Hochschulstruktur und eine stärkere Demokratisierung. Der SDS will das auch, aber darüber hinaus die sozialistische Gesellschaft. Und man ist der Ansicht, dass der Prozess der Revolution nur mit Hilfe von Aktionen in Gang gesetzt werden kann. Sollen sie wirksam sein, so müssen sie provozierend sein. So kommt es, dass die linken Studenten die morschen, unwahrhaften Stellen der bundesdeutschen Gesellschaft und Politik blosslegen. Gerade an diesen Stellen fehlen den Verteidigern der jetzigen Ordnung die Argumente. Die Reaktion ist gekennzeichnet durch politische Hilflosigkeit und gewaltsame Zurückdrängen der Angreifer. Beides erreicht bei den Studenten eine gewisse Solidarisierung. So kommt es, dass der SDS und seine Aktionen auch von einem Teil derjenigen unterstützt werden, die durchaus nicht die sozialistische Gesellschaft wollen.»

«Wir meinen, dass es in einem demokratischen Staat möglich sein muss,

seinem Protest gegen ein Presseimperium (gemeint ist Springer) dieses Ausmasses dadurch Ausdruck zu geben, dass man sich auf die Strassen, durch die die Auslieferungswagen fahren, setzt und versucht, die Auslieferung der Zeitung zeitweise zu verzögern und zu verhindern. Es hat sich aber gezeigt, dass in der Bundesrepublik eine wirksame Demonstration etwa dieser Art nicht geduldet wird. Denn die so Demonstrierenden werden nicht etwa fortgetragen (wie in England und Dänemark zum Beispiel), sondern fortgeprügelt. ... Wenn das Schleudern der Steine verurteilt wird – auch ich tue das –, so muss doch bedacht werden, dass Steine erst fliegen, seitdem Studenten und andere Demonstranten sinnlos zusammengeschlagen werden. Und das ist das Deprimierende: die **Unfähigkeit zur Auseinandersetzung und die Brutalität der Staatsgewalt.**»

Warum ist es in der Schweiz nicht so?

An keiner Schweizer Hochschule gibt es ähnliche Reformbewegungen oder gar Demonstrationen und Schlägereien wie in den umliegenden Ländern Deutschland, Frankreich, Italien. Zwar wird in den Zeitungen die FSZ, die «Fortschrittliche Studentenschaft Zürich», angeprangert als Dutschke-Ableger, aber sie ist eine kleine Gruppe (45 Mitglieder) und hat bei weitem nicht den Einfluss wie der SDS in der BRD. Ebenso wenig die linken Gruppen «Vereinigung progressive Hochschule» (VPH) und «forum politicum» (fp) in Bern. Das gehört wohl auch zum schweizerischen Föderalismus: die Universitäten sind kantonal, also sind auch die fortschrittlichen Studentengruppen kantonal. In der schon erwähnten Nummer der «Neutralität» wird darauf hingewiesen, dass der Anteil an ausländischen Studenten an den Schweizer Universitäten verhältnismässig hoch sei, nämlich in Bern 12,7 %, Zürich 16,2 %, ETH 18,0 %, Basel 30,8 %, Genf 49,1 %; Schweiz 28,3 %. Diese Ausländer sind natürlich froh, in der Schweiz in Ruhe studieren zu können, und haben keinerlei Interesse daran, an Reformbewegungen oder politischen Demonstrationen teilzunehmen. Auch ist der Generationenkonflikt in der Schweiz weniger brennend als etwa in Deutschland, wo die Grossväter die Träger und die Väter die Opfer des Hitlerreiches waren,

während die Söhne von der Vergangenheit nicht belastet sind.

Schliesslich weiss jeder Schweizer, dass die Mühle der Demokratie langsam mahlt. Wenn in verschiedenen Kantonen von der Gründung eigener Hochschulen gesprochen wird (z. B. im Aargau und im Kanton Luzern), so ist doch etwas im Tun. Auch wenn es noch lange nicht verwirklicht ist, so hilft es doch der Staatsgewalt argumentieren, und sie kann auf das Dreinschlagen verzichten. Pflicht jedes Demokraten aber ist es, für eine rasche und gründliche Hochschulreform auch in der Schweiz einzutreten.

Alwin Hellmann

Realutopist Jesus

Jeweilen vor den hohen Feiertagen klappern in der ganzen Christenheit pfarrherrliche Schreibmaschinen, um die Zeitungen mit erbaulichen Leitartikeln zu versorgen. Pfarrer mit bekanntem Namen sind besonders begehrte Lieferanten dieser Ware. Zu ihnen gehört der als Erbauungsschriftsteller, Dichter und Kulturkritiker hervorgetretene Pfarrer **Kurt Marti** in Bern. Ostergedanken von ihm konnte man dieses Jahr gleich in zwei grossen Schweizer Zeitungen lesen, in der «Tat» und in der «National-Zeitung». Der in der «Tat» erschienene Artikel hat den grandiosen Titel «Die göttliche Realutopie». Sein Kernsatz lautet: «An Ostern, mit der Auferweckung des 'Utopisten' aus Nazareth, hat Gott sich zu dessen Reich-Gottes-'Utopie' bekannt.» Die Wörter «Utopist» und «Utopie» sind in Anführungszeichen gesetzt, um anzudeuten, dass Jesus nicht im landläufigen Sinn Utopisches, das heisst Schwärmerhaftes, Unmögliches gewollt habe, dass vielmehr bei dem Gottes Jesu «die Verwirklichung einer zukünftigen Welt, deren Lebensgesetz die Liebe zum Nächsten und selbst zum Feind sein wird», möglich sei.

Lassen wir vorerst ungeprüft, was von der Auferweckung zu halten sei, und fragen wir, ob es berechtigt sei, von einer Realutopie des Nazareners zu sprechen. Gewiss, er hat die Nächstenliebe gepredigt. Aber er scheint dabei bloss an das Seelenheil einer Minderheit, nicht an eine Verbesserung der ganzen Menschengesell-